

Bezugspreis:
Einzelpfennig 10.- M. monatlich 10.- M.
frei ins Haus voraus zahlbar.
Postbezug: Monatlich 10.- M. einjährig 100.- M.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 15195-97
Expedition Morisplatz 11753-54

Donnerstag, den 11. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Internat.
Abteilung Morisplatz 11753-54

Die Steuerwege der Reichsregierung.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt uns:
Scheinbar zur Beruhigung der Öffentlichkeit, die an den neuen
Steuerplänen scharfe Kritik geübt hat, wird jetzt halbamtlich mit-

Es scheint, als ob die Mehrheit der Reichsregierung der
Auffassung sei, es bestünde keine Macht, auch nicht bei den
vereinigten breiten Massen des Volkes, um die Erfassung der
Goldwerte durchzuführen.

Der Reichshaushaltsetat für das Jahr 1921 schließt bis
heute mit einem ungedeckten Betrage von rund 50 Milliarden
Mark. Darin stecken aber noch lange nicht alle Auswirkungen
des Ultimatums.

Deutschland erfüllt sein Versprechen.

Von gutunterrichteter Seite erfahren wir, daß die Er-
füllung der Zahlung der einen Milliarde Goldmark am
30. August der Regierung zwar schwere Sorge bereitet hat,

Auch die übrigen aus dem Ultimatum von London ent-
springenden Verpflichtungen sind, wie aus der gleichen Quelle
verlautet, in ihrer Erfüllung sehr weit fortgeschritten.

Die Kohlenverpflichtungen.

Die Garantiekommision der Alliierten hat anerkannt, daß
Deutschland seinen Verpflichtungen zum 1. August nachgekommen ist,

Im Interesse der Bevölkerung.

Bekanntlich ist die Rheinlandkommission bei all ihren
Zivilmaßnahmen an das Interesse der Bevölkerung gebunden.

Für die von französischen Truppen besetzten Gebiete
sind für den Uebergang über die Zollgrenze bestimmte Zollstrafen
angeordnet worden.

Oberstein an der Rahe bei Mainz ist als Garnison für ein
französisches Regiment bestimmt. Mit dem Bau von Häusern und
Kasernen muß sofort begonnen werden.

Frankfurt a. M., 9. August. (S.E.) In der Gegend von Trier
ist es beim Abtransport einer marokkanischen Division an
den Rhein zu schweren Meutereien und Befehlsverweigerungen
gekommen.

Der feinerzeit zu Sanktionszwecken an den Rhein geschickte
französische Jahrgang 1919 soll vollständig entlassen und durch den
Jahrgang 1920 ersetzt worden sein.

Drohender Kampf in der Holzindustrie.

Die gestrigen Beratungen zwischen der Verhandlungs-
kommission der Berliner Holzarbeiter und den Vereinigten Ver-
bänden der Berliner Holzindustrie sind ergebnislos verlaufen.

Ein ausführlicher Bericht ist im gewerkschaftlichen Teil nachzu-
lesen.

Verfassung und Recht.

Heute vor zwei Jahren trat die Verfassung der deutschen
Republik in Kraft. Damit wurde ein Mißverhältnis zwischen
den tatsächlichen Volkskräften und dem Staatsgrundgesetz be-

In diesem Zusammenhang verdient daran erinnert zu
werden, daß bei den Verfassungsberatungen in Weimar der
Sprecher der Deutschnationalen, Dr. v. Delbrück,
ausdrücklich forderte, daß seinen Freunden in der Republik
Gedankenfreiheit, wie er sie auffasse, bewilligt werde.

Der Reichsminister des Innern, Dr. David, antwortete,
daß die Frage des Herrn v. Delbrück, ob denn auch für seine
Partei die Freiheit gelten solle, von der in der Verfassung die
Rede sei, selbstverständlich zu bejahen wäre.

Aus dem Kampf der Meinungen mit geistigen Waffen
ist nicht zuletzt von rechts her seitdem ein Guerillakrieg ge-
worden, der mit Schmutz in Wort und Bild, mit persönlicher
Berunglimpfung jedes Gegners, kurz mit allen nur ausdent-

Daran ist ja das alte Sanktionssystem geknüpft, daß es glaubte,
durch Paragraphen und Artikel die Weltgeschichte in ein für
allezeit feststehende Formen bringen zu können.

Der Sturm der Entwicklung kümmert sich nicht um die
Meinung politischer Hanswürste. Sie werden immer am Ufer
des lebendigen Stromes der Entwicklung stehen und darüber
greinen, daß die Zeit nicht rückwärts geht.

Sein Enkel, Wilhelm II., kam im August 1910 darauf
zurück, es war wieder in Königsberg, er meinte: „Und hier
setzte sich mein Großvater wiederum aus eigenem Recht,

Die Weltgeschichte hat nicht nur früher, sondern auch seit-
her bewiesen, daß sie sich um „angeborene“ und „göttliche“
Rechte nicht kümmert, schon deswegen nicht, weil göttlich

und uns angeborn doch nur der Verlauf der Geschichte selbst sein kann. Deswegen wurden im November 1918 fünf- und zwanzig Kronen und Zepter mit Recht auf den Reichthron der Geschichte gepült.

Ueberdies ist die Königsberger Krönungsrede Wilhelm I. im Jahre 1861 mit die intellektuelle Ursache zu einem Vortrag geworden, den Ferdinand Lassalle über Verfassungswesen hielt. Seine Feststellungen sind noch heute so lebendig, wie in jenen Tagen, da er sie aussprach. Lassalle fragte: Gibt es denn etwas in einem Lande, eine bestimmende tätige Kraft, welche auf alle Ge- setze, die in diesem Lande erlassen werden, derart einwirkt, daß sie in einem gewissen Umfange notwendig so und nicht anders werden, wie sie eben sind?

Ei freilich, meine Herren, gibt es so etwas, und dies Etwas ist nichts anderes als — die tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer gegebenen Gesellschaft bestehen.

Die tatsächlichen Machtverhältnisse, die in einer jeden Gesellschaft bestehen, sind jene tätige Kraft, welche alle Gesetze und rechtlichen Einrichtungen dieser Gesellschaft so bestimmt, daß sie im wesentlichen gar nicht anders sein können, als sie eben sind.

Die tatsächlichen Machtverhältnisse waren es, die am 11. August 1919 in Weimar die Verfassung der deutschen Republik zur Wirklichkeit werden ließen. Darin liegt auch für uns das Mittel der Kritik, wenn wir verstehen lernen wollen, warum die Reichsverfassung nicht alle unsere Wünsche erfüllte. Es reichte unsere Macht dazu nicht aus. Schaffen wir uns die Macht, ändern wir die Machtverhältnisse! Geben wir vor allem der Jugend die Möglichkeit, aus ihrer allzu leicht auf das rein Kritische eingestellten Erkenntnis die wertvolle Mitarbeit an der Zukunft der deutschen Republik zu gewinnen. Unser war die Zukunft, so wird sie es auch bleiben! Bergessen wir nie: Wenn im Zusammenbruch und in der Novembernot des deutschen Volkes auch nicht alle Willenträume reifen, wir haben heute dennoch gegen die alten Gewalten, die rückwärts wollen, viel Erreichtes zu verteidigen. Und dazu gehört an erster Stelle die Verfassung der deutschen Republik!

Die abgelassene Sperrfrist.

Am heutigen Tage läuft die Sperrfrist für den Artikel 18 der Reichsverfassung ab, wonach eine Abstimmung über die Neubildung und Loslösung staatlicher Gebilde innerhalb der bisherigen Gliedstaaten vor Ablauf von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Reichsverfassung nicht möglich ist (Artikel 167 AB.). Bei den Beratungen über die Reichsverfassung bildeten die Bestimmungen des Artikels 18 Gegenstand besonderer Kämpfe mit den Deutschnationalen, die ein Auseinanderfallen des Reiches beabsichtigten und heute beschämt zugeben müssen, die einigende Kraft der Republik unterschätzt zu haben.

Am stärksten machten sich eine Zeitlang die Abspaltungstendenzen in der Rheinprovinz bemerkbar, wo der berühmte Staatsanwalt Dorten bekanntlich eine „rheinische Republik“ begründen wollte. Der gesunde Sinn der rheinländischen Bevölkerung erkannte das Wahnsinnige dieses Planes, der ebenso wirtschaftlich undurchführbar wie politisch unmöglich war und — selbst wenn die französischerseits zart angelegte Unterstützung erfolgt wäre — von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Insbesondere hat sich die rheinische Arbeiterklasse durch ihr entschlossenes Festhalten am Einheitsgedanken ein unergänzendes Verdienst erworben.

Kann die Abspaltungsgesfahr in den Rheinlanden somit heute als überwunden betrachtet werden, so verdient doch etne andere Bewegung, die eine Zeitlang wenigstens gleichen Zielen zustrebte, sorgsame Beachtung: die Welfenbewegung nämlich. Die parlamentarischen Vertreter der Welt-

machten aus ihrer Neigung, sich zu verfassungshändigen, kein Hehl, und einzig die Tatsache des Verlustes von 40 000 Stimmen bei den letzten Wahlen dürfte ein wenig beruhigendes Del auf die brausenden Bogen gegossen haben.

Mit dem heutigen Tage beginnt also, wie gesagt, die theoretische Möglichkeit zur Einigung zusammenstrebender und zur Lösung auseinanderstrebender Länder. Der Weg, der hierbei einschlagen ist, ist der folgende: Ein einfaches Reichsgesetz genügt einmal, wenn beide beteiligten Länder einverstanden sind, sodann, wenn zwar eines der beteiligten Länder seine Zustimmung versagt, die Gebietsänderung jedoch durch den Willen der Bevölkerung oder ein überwiegendes Reichsinteresse gefordert wird. Fördert ein Drittel der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebietes die Abstimmung, so hat die Reichsregierung sie anzuordnen; für den Beschluß sind drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Besteht zwischen dem abzutrennenden Gebiet und dem Gesamtbezirk kein räumlicher Zusammenhang, so kann der Wille der Bevölkerung des abzutrennenden Gebietes auf Grund eines besonderen Reichsgesetzes als ausreichend erklärt werden. Ist die Zustimmung der Bevölkerung einwandfrei festgestellt, so hat die Reichsregierung dem Reichstag ein entsprechendes Gesetz zur Beschlußfassung vorzulegen. Entziehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof.

Auf diesen nicht ganz unkomplizierten Wegen würde sich also eine künftige Umgestaltung der Territorialverhältnisse im Rahmen der deutschen Gebietshoheit abspielen. Es ist nicht angängig, den Gedanken etwa aus Furcht vor einer Gefährdung der Reichseinheit grundsätzlich abzulehnen; ebenso wenig angängig ist es natürlich, auf Grund der Möglichkeit, neue Territorialverhältnisse zu schaffen, nun hemmungslos zueinander zu streben oder von dannen zu eilen. Der oberste Gesichtspunkt bei der Anwendung der Gestaltungsmöglichkeiten des Artikels 18 muß der sein, der an der Spitze dieser Zeilen steht und eine ernste Mahnung für alle in Frage kommenden Gemeinwesen und Einzelpersonen ist: „Die Gliederung des Reiches in Länder soll unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes dienen.“

Die westpreussischen Heimatvereine, die sich zu einem Verbande mit dem Sitz in Marienburg zusammengeschlossen haben, verlangen, wie der „Deutsche Schneeweiß“ meldet, in einer Eingabe an den Preussischen Landtag die Vereinigung der Kreise Marienburg, Marienwerder, Stuhm, Rosenberg und Elbing zu einem Regierungsbezirk „Westpreußen“.

Lob der deutschen Verfassung.

Der Warschauer „Kurier Poranny“ lobte vor einiger Zeit die Vorzüglichkeit der neuen deutschen Verfassung. Dazu bemerkte die deutschsprachige „Ostdeutsche Morgenpost“: „Das sagt eine polnische Zeitung. Man erkennt an, weil man anerkennen muß. Die neue deutsche Verfassung ist tatsächlich die vorzüglichste der Welt. Dem Deutschen Reiche fehlt es auch nicht an Männern, um die Verfassung in die Tat umzusetzen und produktiv für das allgemeine Volkswohl zu gestalten. Dem hohen Ziele, das der neuen deutschen Verfassung von dieser polnischen Zeitung gelungen wird, brauchen wir nichts, aber auch nichts hinzuzufügen.“

Im innerpolitischen Kampf kann man in den deutschnationalen Zeitungen in der Regel das Gegenteil lesen.

Weth statt Hieber. Der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber ist erkrankt und hat deshalb auf die Reise nach Berlin, wo er bei der Verfassungsfeier im Opernhaus eine Ansprache halten sollte, verzichtet müssen. An seiner Stelle wird nunmehr Reichskanzler Dr. Birtz eine Ansprache halten.

burtstag feierte, ein „eingefleischter Raucher“. Die Savonerin Elisabeth Durieux, die 115 Jahre alt wurde, lebte hauptsächlich von Kaffee, von dem sie täglich bis zu 40 Tassen trank.

Spiritus und Rauch sind erprobte „Konservierungsmittel“, aber trotzdem möchten wir doch niemanden zu dem Versuch raten, etwa durch Rauchen und Schnapsen sein Leben verlängern zu wollen. Er könnte leicht eine schmerzliche Enttäuschung erfahren. Mißbrauch des Alkohols und des Nikotins ist eine der häufigsten Ursachen der typischen Alterserkrankung, der Arteriosklerose. Und wenn die Frauen im allgemeinen langlebiger sind als die Männer, so mag das nicht zuletzt seinen Grund darin haben, daß sie dem Tabak und dem Trunk weniger frönen als diese.

Der Berliner Volkschor versendet seinen 17. Jahresbericht, in dem er mit Genugtuung feststellt, daß die Ziele, denen er nachstrebt, von einer großen Zahl der im Arbeiter-Sängerbund zusammengeschlossenen Chöre als richtig empfunden werden. Der gemischte Chorgesang beginnt sich in der Arbeiterschaft durchzusetzen.

Freilich stellen sich der Aufwärtsentwicklung auch verschiedene störende Umstände in den Weg. Die Verteuerung der Säle und der Orchester, die der gemischte Chor weniger entbehren kann als der Männerchor, macht die Veranstaltung von Konzerten äußerst mühsam, wenn die Eintrittspreise für die Arbeiterschaft erschwinglich bleiben sollen, und in Berlin wird besonders das Fehlen eines genügend großen Konzertsaales von Jahr zu Jahr schmerzlicher empfunden.

Am das Niveau der einzelnen Veranstaltungen zu heben, ist die Konzertsittlichkeit etwas eingeschränkt worden. Auch erwägt man den Gedanken, eine Ausnahmeklasse einzurichten und die schlechten oder schwachen Stimmen auszuscheiden. Die fortgeschrittenen Sänger haben Gelegenheit, sich in dem A-capella-Chor weiter zu schulen, der zurzeit 45 Mitglieder zählt.

Im abgelassenen Vereinsjahr veranstaltete der Chor, der nach wie vor unter der Leitung von Dr. Ernst Zander steht, einen Richard-Strauß-Abend, eine Aufführung von Haydns „Jahreszeiten“, zwei Weihnachtskonzerte und einen Peter-Cornelius-Abend. Für das kommende Jahr werden Wiederholungen von Berlioz' „Nacht, Verdamnung“ sowie mehrere Aufführungen von Hindels „Sephtha“ und Bachs „Matthäus-Passion“ geplant. Von Solistenkonzerten soll ein Weber-Abend und ein Beethoven-Abend stattfinden.

Heimatmuseen als Notwohnungen. Die durch die Wohnungsnot bedingte Beschlagnahme von Wohnungen ist leider auch auf verschiedene Heimatmuseen ausgebrochen worden. Wie in „Niederhachsen“ mitgeteilt wird, ist das Bauernhausmuseum in Scheffel schon seit Jahren mit Zwangsmiethern belegt; das Museum in Riensburg an der Weser wurde in wenige Räume zusammengebrängt, während die anderen Zimmer zu Wohnzwecken verwendet wurden; dem Oberharger Museum droht die gleiche Gefahr, und aus anderen Orten wird ähnliches berichtet.

Diese Maßnahmen der Wohnungsformulare können nicht gutgeheißen werden, da dadurch wichtige Kulturstätten der Heimatpflege dem Untergang überliefert werden. Bei einigem guten Willen hätten sich wohl andere Auswege zur Abhilfe der Wohnungsnot finden lassen.

Ein interessanter Prozeß.

Im Zusammenhang mit einem gegenwärtig laufenden Zivilprozeßverfahren wird in den nächsten Wochen einer der interessantesten internationalen Strafprozesse wieder zur Aufrollung gelangen. Es handelt sich um den bekannten Besetzungsprözeß, der im Jahre 1913 gegen die Vertreter der deutschen Siemens-Halske-Gesellschaft in Japan und gegen verschiedene hohe japanische Beamte und Admirale vor japanischen Gerichten zur Durchführung kam. Er endete mit einer Reihe von Verurteilungen. In dem Prozeß war nachgewiesen worden, daß diese japanischen Würdenträger für die Vergebung von Staatslieferungen von der genannten deutschen Gesellschaft hohe Schmiergelder bezogen hatten. Der Prozeß war symptomatisch dafür, wie schon vor dem Kriege bei der Vergebung von Rüstungslieferungen (stupellos verdient wurde).

Ein großer Teil der in Frage kommenden Aufträge bestand in der Lieferung von elektrischen Schiffsausrüstungen für die japanische Marine. Im Kriege hat dieses deutsche Material vermutlich den Japanern gute Dienste gegen Deutschland geleistet.

Bemerkenswert ist übrigens, daß im Zusammenhang mit diesem Prozeß auch der damalige „Times“-Vertreter in Japan von dem japanischen Gericht wegen Cressperrung verurteilt wurde, weil er versuchte, die kompromittierenden Briefe, die ein Angestellter der Siemens-Aktien-Gesellschaft dieser gestohlen, gegen eine sehr hohe Summe der Gesellschaft wieder zu verkaufen. Wenn schon der Bestechungsprozeß auf die Praktiken der betr. Gesellschaft kein gutes Licht wirft, so zeigt der kleinliche Unlaß, der die ganze Angelegenheit wieder zum Aufleben bringt, diesen großen deutschen Elektrizitäts-Truist von einer noch weniger guten Seite.

Nottschrei der Landjäger.

Aus den Kreisen der Landjäger schreibt man uns: „Was dem einen recht ist, das ist dem anderen billig!“ sagt ein bekanntes Sprichwort! Die maßgebenden Stellen, welche als Träger der Staatsgewalt in Preußen in Frage kommen, wie auch die untergeordneten Bezirks-Regierungen sollten dies in erster Linie bedenken. Aber dennoch scheint es, als ob diese Worte von den maßgebenden Stellen nicht immer beachtet würden. Daß dem tatsächlich so ist, das sieht man zur Genüge zurzeit daran, wie lange man die Beamten, besonders aber die Landjägerbeamten im Ruhrkohlengebiet, mit der Auszahlung des erhöhten Ortszuschlages hinhält.

Seit dem 12. Mai 1921 sind die Orte des Ruhrkohlengebietes durch Gesetz mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 in Ortsklasse A eingereiht.

Aber auch seit diesem Tage warten die Landjägerbeamten auf die Auszahlung der Ausgleichsgelder. Eine große Reihe anderer Beamten, wie die der Eisenbahn, Post u. a., wie auch die Lehrer, sind schon seit langer Zeit in den Genuss dieser Gelder gekommen. Nur die Beamten der preussischen Landjäger, welche alle mit der Auszahlung schon lange gerechnet hatten, behandelt man in dieser Beziehung wie kleine Kinder, denen man schon zu Neujahr etwas zu Weihnachten verspricht.

Sind sich die maßgebenden Stellen denn nicht bewußt, daß die Beamten hierdurch ihres schweren Dienstes überdrüssig werden müssen und denselben nicht mehr so wie früher, und wie es die Regierung wünscht, versehen? Wer trägt die Schuld an dem Hinstrecken der Auszahlung des Ausgleichszuschlages? Haben nicht die preussischen Landjägerbeamten, welche einen der schwersten und gefährlichsten Berufe haben, nicht dieselben Rechte wie die erwählten anderen Beamtenkategorien?

Wir Landjägerbeamte des Ruhrkohlenbeckens verlangen gleiches Recht für alle und ersuchen die maßgebenden Stellen, auf eine baldige Auszahlung des Ortsklassenausgleichszuschlages hinzuwirken. — Auch unsere Frauen und Kinder leiden Rot unter der immer fortschreitenden und stetig steigenden Teuerung.

Da Gesuche und Beschwerden an die Regierung bisher fruchtlos waren, so nehmen wir die Flucht in die Öffentlichkeit.

Ein verlorenes Eiland im Atlantischen Ozean, die Felsinsel Rockall, 310 Meilen westlich von den Hebriden und 260 Meilen von der Nordküste Irlands entfernt, hat jetzt der französische Antarktisforscher Dr. Charcot erreichen können. Die Mitglieder seiner Expedition haben dabei interessante geologische Forschungen angestellt.

Die ganz kleine Insel, fast nichts mehr als ein Felsen, der sich auf gefährlich breiter Basis bis zu 75 Fuß über dem Wasserpegel erhebt, steht fast wie ein Schiff aus und ist wegen der Gefahren, die mit einer Landung verbunden sind, noch nicht oft besucht worden. 1862 landeten ein paar Leute, kamen aber nicht bis zu dem Felsen, denn die Gegend ist sehr stürmisch und fünf Seemeilen im Umkreise liegt alles voller Felsstrümpfer, die 1904 einem dänischen Dampfer auf der Fahrt von Kopenhagen nach New York gefährlich wurden; er sank bei nebligem Wetter in wenigen Minuten und von den 800 Passagieren kamen 600 um. Die geologischen Untersuchungen, die die Mitglieder der neuen Expedition anstellten, bestätigten angeblich die Vermutung, daß hier der einzige über Wasser verbliebene Teil der legendären „verlorenen Länder“ des Atlantischen Ozeans vorliegt. Es wäre dann der höchste Punkt eines weiten Plateaus, das etwa 100 Seemeilen lang und 50 breit ist und das sich unter See zum Teil bis zu einer Tiefe von etwa 500 Faden herab erstreckt hat.

Sie begraben das Kriegsbeil. Während es den sogenannten Kulturvölkern noch immer nicht gelungen ist, das seit sieben Jahren währende Kriegsbeil vollständig zu begraben, haben zwei berühmte Indianerstämme des wildesten Wildwest vor kurzem diesen Schritt, wie aus Montreal berichtet wird, für sich definitiv und wortwörtlich zur Ausführung gebracht.

Nicht weniger als 271 Jahre sind die beiden uns aus unserer Kinderzeit wohlbekannten Indianerstämme der Huronen und Irokesen gegeneinander auf dem Kriegspfade gewesen. Jetzt erfolgte der Friedensschluß. Der historische Akt vollzog sich in der heidnischen feierlichen Zeremonie an den Gestaden der Georgian-Bay, wo malerische Gruppen kriegerisch angelegener Indianer sich verammelt hatten. Plötzlich erschien ein großes Kanu, das den Häuptling der Huronen ans Land brachte. Einen Augenblick später erklüht der Oberhäuptling der Irokesen, und die beiden roten Männer schritten nun würdevoll zu dem Wigwam, das für sie errichtet worden war. Der Iroksche tat zuerst einen langen Zug aus der Friedenspfeife und reichte sie dann dem Huronen. Nachdem auch dieser geraucht hatte, sagte der Iroksche: „Nun ist Frieden zwischen unsern Völkern!“ und der Hurone bestätigte es mit den Worten: „Es ist Friede.“ Nachdem alle anwesenden Indianer abwechselnd einen Zug aus der Friedenspfeife getan hatten, legten die beiden Häuptlinge ihre Hände dicht nebeneinander auf einen Kriegstisch. Dann wurde ein großer blutroter Steinblock von einem Kran herniedergelassen und senkte sich langsam auf ein Beil, bis er es bedeckte. Nachdem so das Kriegsbeil begraben war, wandte sich der Hurone zu seinem neuen Freund und sagte: „Nun wollen wir wieder zusammen Gleichere jagen.“

Ein interessanter Bericht des Zionismus von Rabbin Solo Lora ist loeben in deutscher Uebersetzung im Renaissance-Verlag Wien-New-York erschienen. Sie illustriert besonders die zionistische Arbeit im Kriege, die schließlich das englische Protektorat und die Festlegung ihres Zieles in dem Verjaßer Letz erreicht hat.

Methusalems von heute.

Zu allen Zeiten hat es Menschen gegeben, die die von den Psalmisten gefegte Lebensgrenze von 80 Jahren überschritten, und die geschäftige Phantasie hat uns sogar von Wundern der Langlebigkeit berichtet, wie von dem biblischen Methusalem mit seinen 969 Jahren. Wenn auch solche Angaben natürlich in das Bereich der Fabel zu verweisen sind, so haben wir doch vertrauenswürdige Berichte von Menschen, die ein Alter von 150 Jahren und sogar darüber erreicht haben. Dahin gehört der ungarische Bauer Peter Jortay mit 185 Jahren; der englische Bauer Thomas Parr mit 152 Jahren, verschiedene Keger, die bis zu 160 Jahren erreichten. So alte Menschen leben heute wohl kaum, aber „Methusalems“ gibt es doch noch immer, und von ihnen erzählt Dr. Adolf Heilborn in einem Aufsatz von „Reclams Universalium“.

Da Frauen im allgemeinen langlebiger sind als Männer, so stehen auch Frauen an erster Stelle. Die älteste Frau Deutschlands ist wohl die 149 Jahre alte Josephi Eder aus der Umgegend von Pöschau, die noch recht rüstig ist. Die „älteste Frau Englands“, Mrs. Vister, feierte letzten Winter in Lincoln ihren 165. Geburtstag und legte an diesem Tage bei Schneewetter eine halbe Stunde Wegs jurüd, nahm auch ohne Ermüdung alle Ehrungen und Besuche entgegen. Die älteste Berliner, die bereits das 101. Jahr überschritten hat, ist die am 20. Januar 1820 geborene Frau Marie Hoberg; mit ihrem Manne zusammen ist sie 194 Jahre alt; sie versorgt noch vollständig den Haushalt, während ihr Mann des Lebens Notdurft durch Fließscheideci verdient. Außerdem gibt es noch zwei 100 jährige Frauen in Berlin.

Zweifellos spielt bei der Langlebigkeit die Vererbung eine große Rolle. Fast immer haben auch die Eltern der modernen Methusalems schon ein sehr hohes Alter erreicht. Es läßt sich aber andererseits nicht bestreiten, daß häufig genug Choleste, die mittelalterlich nicht blutverwandt sind, gemeinsam zu einem hohen Alter gelangen, und das läßt auf die Wirkung gleicher äußerer Lebensbedingungen schließen. So starb z. B. Anna Barak mit 123 Jahren in Kaimanig in Mähren; ihr Mann war 118 Jahre alt geworden. Ein Chepocor Gallot, das innerhalb zwei Tagen starb, hätte das gleiche Alter von 105 Jahren erreicht. Merkwürdigerweise befinden sich unter den Methusalems auch Kranke und sogar a normale Menschen. Von einer 110 Jahre alt gewordenen Frau, Nicoline Ware, wird berichtet, daß sie budlig und ihr linker Arm verkrüppelt war. Auch Enthalttsamkeit scheint die Lebensdauer nicht besonders zu befördern, denn verhältnismäßig viele dieser uralten Leute haben sich dem Genuß von Alkohol, Kaffee und Tabak unbedenklich hingegeben. Das Dorf Chailly in Frankreich, in dem der meiste Alkohol verbraucht wird, zählt doch unter seinen 323 Einwohnern nicht weniger als 20, die über 80 Jahre alt waren. Der Chirurgie Volthman, der ein Alter von 146 Jahren erreichte, war ein großer Trinker, der Franzose Hug, der 1886 seinen 102. Ge-

Groß-Berlin

Bei den Spitzenkünstlern.

Im Staatlichen Kunstgewerbemuseum, Prinz-Albrecht-Str. 7, ist die Ausstellung „Spitzen und Pelzmode“ eröffnet worden. Sie wird vom Verband der deutschen Modeindustrie e. V., Berlin, veranstaltet, ist täglich von 10-6 Uhr geöffnet und dauert bis zum 21. August.

Am Richtig des Kunstgewerbemuseums sind Fabriate der Einzelaussteller verschiedener Firmen aus der Pelz-, Kleider-, Hut-, Wäsche- und Stickerbranche zur Schau gestellt; hier fallen indessen auch die ausgestopften Tiere auf, die für Belehrungszwecke vom Zoologischen Museum in Berlin entliehen worden sind und die den Besuchern zeigen sollen, wie die beliebtesten Pelztiere im lebenden Zustand aussehen, und die den Beschauer über Form, Farbe und Größe der echten Felle aufklären dürften. Im ersten Saal, im Birnenraum, hat die Bogtäändische Spitzenindustrie in Wandkränzen und Glaskästen ihre Maschinenstickerien untergebracht, im Saal 2, im Pyramidenraum, werden hauptsächlich Kleider untergebracht, die mit Plauener Spitzen verarbeitet sind. Rissen und Zierdecken vervollständigen diese reiche Spitzenschau. „Lebensgemeinschaft“ ist der dritte Raum genannt, in dem besonders die Plauener Spitze zur Geltung kommt. Hier sind drei Zimmer eingerichtet worden, ein Schlaf-, ein Ankleidezimmer, ein Kleinkinderzimmer, sämtlich mit sehr viel Spitze, mit Stickerien in Weiß, ausgestattet. Der vierte Saal ist „Strohenraum“ genannt worden, auf zwei Podien sind die Stickererzeugnisse der Gruppen Auerbach und Eibenstock ausgestellt. Die deutschen Spitzenschulen und die kunstgewerblichen Erzeugnisse einiger Einzelaussteller sind im Raum 5 untergebracht. Ganz besonders interessant ist der große Saal 6, der Maschinensaal. Hier führt die Bogtäändische Maschinenfabrik zwei Stickermaschinen im vollen Betriebe vor, eine Pantograph- und eine Automatmaschine. Es handelt sich hier um zwei besonders kleine, für die Ausstellung konstruierte Maschinen. Bei den originalen Maschinen beträgt die Länge 9,20 und 13,50 Meter. Die Maschinen liefern 40.000 bis 60.000 Stiche pro Tag und können jedes Muster in jedem Material ein- und mehrfarbig stiften. Beim Pantographen arbeitet ein Sticker, bei der Automatmaschine ein Kartennuster. Die Automatmaschine wird hauptsächlich für Wäschestickerien verwendet, die Pantographmaschine kommt ausschließlich zur Herstellung von Spitzen in Betracht. In diesem Saal werden mit Hilfe von Bildern die Herstellungsart und der Werdegang der Bogtäändischen Spitze in den einzelnen Phasen vom Rohmaterial bis zum fertigen Stück gezeigt. Die Ausstellung ist sehr reich beschriftet worden, die Plauener Spitzen- und Stickerindustrie sowie die Gruppen Auerbach und Eibenstock, zwei typische Spitzenschulen, in denen vorzugsweise Heimarbeit von Frauen und Mädchen geleistet wird. Auch Tülle und Stickerien sind reichlich vertreten, manche Techniken erinnern an die prunkvolle Keucherlichkeit der siebziger Jahre, zuviel Farbe, überhaupt zuviel... Fast alle Wäschestücke sind mit Hand- und Maschinenspitzen versehen, die Handweiskstickerei wird für diese Arbeiten vielfach gern verwendet.

Diese Ausstellung hat ihre eigene Note, sie kommt für deutsche Käufer kaum in Frage, sie soll indessen das Ausland von der Arbeitswilligkeit, von der geschmackvollen Arbeit, die bei uns geleistet wird, überzeugen und kaufkräftige Ausländer für diese Industrien interessieren. Der deutsche Arbeiter zeigt auf dieser Ausstellung sein ausgezeichnetes Können, seine gediegene Seilung, seine ausgesprochene Qualitätsarbeit. Die Ausstellung bedeutet einen unermesslichen Fortschritt der deutschen Industrie, ganz gleich, ob es sich um Hand- oder Maschinenarbeit handelt; der Zeichner, der Sticker, der Schneider, der Kürschner, ein Heer von Männern und Frauen, gibt auf dieser Ausstellung seinen unerschütterlichen Arbeitswillen kund.

Die neue Polizeistunde.

Verlängerung bei uns günstiger Oberstleutenentscheidung.

Zu den Verhandlungen des Gastwirtsgerwerbes und der zuständigen Stellen über eine weitere Verlängerung der Polizeistunde wird vom Deutschen Gastwirtsverband mitgeteilt: In den Beratungen haben sich die Ministerien aller Länder, und insbesondere auch das

preussische Ministerium des Innern, dahin erklärt, daß sie unbedingt die Notwendigkeit einer Polizeistundenverlängerung anerkennen. Das preussische Ministerium hat auch einen dahingehenden Antrag beim Reichsrat gestellt. Man hat sich in dieser Frage auch an den Reichskohlenkommissar, der das entscheidende Wort zu sprechen hat, gewandt. Dieser erklärte, daß er einer Polizeistundenverlängerung nur dann zustimmen könne, wenn eine uns günstige Entscheidung in der oberstleutenentscheidung getroffen worden sei. Dann würde auch die Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 aufgehoben werden können.

Das „gefährliche“ Blumengießen.

Einer, der sich über das Pfanzchen ärgerte.

Der Blumenstauden auf dem Balkon ist bekanntlich die einzige Sommerfreude, die sich ungezählte Tausende Einwohner der großen Steinwüste Berlin leisten können. Die sorgsame Behandlung der Balkonpflanzen ist daher auch eine Aufgabe, der sich die Hausfrauen mit besonderem Eifer unterziehen. Nun ist es im allgemeinen verbreitete Annahme, daß man abends nach 10 Uhr und morgens vor 6 Uhr das den Pflanzen unentbehrliche Rosch diesen in ausgiebigem Maße zuführen darf, ohne ängstlich darüber zu wachen, daß nicht einige Tropfen auf die Straße hinabrieseln. Von gewisser prinzipieller Bedeutung war ein Straßfall, der gestern das Schöffengericht Tempelhof beschäftigte.

Das Hausmädchen einer in Berlin-Tempelhof, Hohenzollern-Norfo 12a, wohnenden Familie W. hatte das Begießen der Blumen auf dem Balkon unter sich und widmete sich dieser Aufgabe des morgens zwischen 5 1/2 und 6 Uhr. An dieser Pflanze der Pflanzen hatte der in demselben Hause wohnende Oberregierungsrat Schmidt Anstoß genommen, da es vorkam, daß bei ungünstigem Winde auch kleine Spritzer nach seinem Balkon getrieben wurden. Der Oberregierungsrat, der aus gleichem Anlaß auch schon mit anderen Hausbewohnern in Konflikt gekommen ist, schrieb dann an die Dienstherrschaft des Dienstmädchens einen Brief, in dem er verlangte, daß beim Besiechen der Blumen vorsichtiger zu Werke gegangen werden müsse. Trotzdem will er bemerkt haben, daß ohne jede Vorsicht weiter gegossen wurde, und er hat sich 6 Fälle notiert, in denen zwischen 5 und 6 Uhr morgens beim Blumengießen so „geplänzt“ worden sein soll, daß die gefährlichen Tropfen auf die Straße hüpften. Daß irgendein Pflanz „getroffen“ worden sei, kann der Oberregierungsrat nicht bekräftigen. Er machte nun über Anzeige bei der Polizei und diese beglückte das Mädchen mit einem Strafmandat über 30 M. Aus prinzipiellen Gründen beantragte der Hausherr des Mädchens gerichtliche Entscheidung. Er ging dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß eine solche Bestrafung die Konsequenz haben würde, daß niemand mehr Blumen auf seinem Balkon halten könnte, denn er würde sich stets der Gefahr aussetzen, von einem Uebelwollenden angezeigt zu werden, wenn wirklich ein paar Wassertropfen auf die Straße fallen.

Der Anwalt glaubte, daß man über die beidseitige Aussage des Zeugen Schmidt nicht hinwegkomme, und beantragte 30 M. Geldstrafe. Das Gericht glaubte dem Mädchen, daß es auf seine Entbindung den Bescheid bekommen habe, solche Balkonblumen dürfen vor 6 Uhr früh und nach 10 Uhr abends unbehindert gegossen werden. Nach dem Zeugnis des Oberregierungsrats müsse aber als festgestellt angesehen werden, daß das Gießen ohne die erforderliche Vorsicht stattgefunden habe, und es rechtfertige sich daher das auf 3 M. Geldstrafe lautende Urteil. Die Strafsache soll nunmehr die Instanzen durchlaufen.

Sichert Euer Wahlrecht zum 16. Oktober!

Alle diejenigen in der Altstadt Berlin wohnenden Personen, welche durch den Magistrat der Stadtgemeinde Berlin, Zentralwahlamt, O 2, Stralauer Straße 44/45, I. Hof part. rechts, aufgesordert worden sind, den Nachweis zu erbringen, daß sie bereits seit dem 16. Oktober 1920 in der Stadtgemeinde Berlin wohnen, haben entsprechende Zuschriften an vorgenanntes Amt zu richten, oder sich dort mit ihren Beweismitteln einzufinden. Die in den Außenbezirken wohnenden Personen müssen sich an die Wahlämter ihrer Bezirke wenden.

Die Schutzpolizei in Rhafi.

Als wir in den Tagen der fürchterlichen Hitze einmal darauf hinwiesen, daß die Schutzpolizeibeamten gezwungen seien, ihren Kundendienst in den biden schweren Uniformen mit geschlossenem

steifen Halstragen, mit schwerem Helm und schwerer Ausrüstung zu versehen — eigentlich also genau so wie die Soldaten der alten Zeit —, da erhielten wir eine ganze Reihe von zustimmenden Neußerungen, teils aus den Kreisen der Schutzpolizeibeamten selbst, teils aber auch aus dem Publikum. Gerade diese letzteren Zuschriften bewiesen, wie stark es bereits aufgefallen ist, daß diese Beamten drei Jahre nach der Umwälzung noch in einer Uniform Dienst tun müssen, die doch für die blaue Polizei vor dem Krieg schon abgebaut wurde und einer leichteren Sitwa mit niedrigem Kragen und bequemere Röhre nach. Der heutige Zustand bedeutet zweifellos einen unerfreulichen Rückschritt. Aus Beamtentreiben wurden wir auch darauf hingewiesen, daß 50 Proz. der Schutzpolizeibeamten über eine Khakiuniform verfügen, so daß es in der Tat keine Schwierigkeit verursachen würde, die leichtere Bekleidung allgemein durchzuführen. Die Öffentlichkeit aber hat ein bedeutendes Interesse daran, zu erfahren, welche Stelle denn wieder einmal so großen Wert darauf legt, daß die Beamten sich heute schlechter stellen als im Jahre 1914 und warum angesichts der großen Hitze die schon aus rein menschlichen Gründen notwendige Ueberänderung nicht sofort eingeführt worden ist.

Der Einreiseführer nach Danzig. Gegenüber der Gepflogenheit mancher polnischer Konsulate ist für die Einreise von Deutschland nach Danzig nur ein polnischer Durchreiseführer, nicht aber ein Einreiseführer durch die polnischen Behörden erforderlich. Das ist, wie die „VFN“ schreiben, ein wesentlicher Unterschied für den deutschen Geldbeutel, da der Durchreiseführer nur 10 M. kostet, der Einreiseführer eines Passes jedoch 200 M.

Mehllegen auf der Straße. Gestern vormittag spielte sich in der Alexanderstraße im Angesicht des Polizeipräsidiums eine Szene ab, die bei den Beteiligten die verschiedenartigsten Gefühle erregte. Als ein mit Mehl säcken hochgeladener Wagen die Straßenbahnschienen kreuzte, geriet er berart ins Schaukeln, daß eine Anzahl Mehl säcke auf Straßenpflaster fiel und ein Teil ihres Inhalts unter Entwicklung einer weißen Wolke den Weg ins Freie nahm. Während der Kutscher mit einem heiteren und einem nassen Auge seine Sädle beiseite schaffte, um den starken Wagenverkehr nicht zu behindern, stürzte sich die Jugend, aber auch manche Hausfrau auf die kostbare Beute, und es war ergötzlich zu sehen, wie Not erfinderisch macht. Mit beiden Händen scharrte man das Mehl zusammen und füllte es in Handtäschchen, Kopftücher und Zeitungspapier. Sogar eine Verkehrsstation hatte dieses Intermezzo zur Folge, da die eifrigen Mehlträger weder die „Gekrüchten“ noch die sonstigen Fuhrwerke auch nur im geringsten beachteten und diese gezwungen waren, zu halten. Nachdem das Schlichtfeld endlich geräumt war, befehlte ein Sprengwagen durch eine gründliche Duschung die Reste des schönen weißen Kuchenmehl.

Zu dem Leichenfund im Engelbecken wird noch mitgeteilt, daß weitere Leichenteile gestern gefunden worden sind. Leider ließ sich die Persönlichkeit der Toten noch nicht feststellen. Der zusammengelegte Kopf ist im Leichenfischbaue zur Ansicht für das Publikum ausgestellt, nicht, wie zuerst mitgeteilt, im Polizeipräsidium. Zweidienliche Angaben sind an Kriminalkommissar Dr. Riemann, Zimmer 85, des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Die Allgemeine Deutsche Gastwirtsmeße sagt für die Zeit vom 21. bis 23. September ihre letzte große Tagung in der „Neuen Welt“ an. Da die alten massiv gebauten Räume mit ihren fünf Hauptsälen und 12 Nebenzimmern schon lange nicht mehr genügen, wählt zu den Neuhäusern eine zweite Meße in Form einer Internihalle aus der Erde, die aus elegant eingerichteten Reihen besteht.

Rückgang der Eheschließungen in Neukölln. Nach dem neuesten stadtamtlichen Ergebnis kann in Neukölln unter Gegenüberstellung der im Jahre 1920 und der während des ersten Halbjahres 1921 beurkundeten Eheschließungen ein nicht unwesentlicher Rückgang beobachtet werden. Eingegangen wurden vor den Standesämtern I-III Neukölln im Jahre 1920 insgesamt 8420 Ehen, bei gleichmäßig verteilter auf das Halbjahr mit 4210. Demgegenüber beträgt die erste Halbjahresziffer für 1921: 1839, bleibt also um 871 hinter denjenigen des Vorhalbjahres zurück. Hieraus ergibt sich einmal die hemmende Beeinflussung des normalen Fortgangs der Eheschließungen durch die bestehende Unmöglichkeit zur Beschaffung ausreichender Wohngelegenheit.

Weizenmehloerteilung. Auf Abschnitt 9 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 800 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,80 M. (7,25 M. je Kilogramm). Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 12. August bis einschließlich 27. August a) in den durch blaue Aushängeschilder kennt-

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

20.

Behrens bezog ein Zimmer in der Nähe der Königsgräber Straße, in einer schmalen Seitengasse, die nur wenig Licht bekam und die deshalb düster, müde, stumm und verbraucht ausah.

Etwas Unerklärliches zog ihn gerade zu solchen Gassen hin, deren Leben gestorben schien oder in der Agonie lag, zu Gassen, deren Bewohner kaum zu sehen waren, die hin und her huschten wie Schatten und die für einander kein Wort, kaum einen Blick hatten.

Sie glichen einer großen Gruft, in die man sich freiwillig legte, um in Ruhe nachdenken zu können, wenn man alt war. Denn wenn auch die Fäden des Lebens auf tausendfache Art verwirrt schienen, so wurde es einer ruhigen Hand am Ende doch nicht schwer, sie zu entwirren. Man mußte nur das eine Prinzip erfaßt haben, nach dem alles gewirkt war, um den Weg durch die Irrgänge der Vergangenheit zu finden.

Er hatte an einer der schmutzigen Türen ein Plakat gesehen: „Möbliertes Zimmer zu vermieten, III. Stock, bei Piesefeld.“ Er stieg die abgetretene Treppe hinauf, und es öffnete ihm eine weißhaarige Frau, eine Frau mit eingefallenen Wangen und stumpfen Augen, die eine Weiße die Segeltuchtasche musterte, die er selber trug, und die dann einen grauliam abhäugenden Blick auch auf seine Person warf, um ihn schließlich einzulassen und das Zimmer zu zeigen.

„Es hat einen separaten Eingang und ist ungeniert,“ sagte sie, „aber die Miete ist im Voraus zu bezahlen.“ „Wieviel?“ fragte er.

„Zwanzig Mark.“

Behrens entschloß sich sofort, das Zimmer zu nehmen, vor allem wegen der Frau, deren abschreckende Häßlichkeit und bössartige Unzugänglichkeit ihn reizten. Er versuchte es, sie nach ihren Verhältnissen auszufragen, doch sie antwortete nur widerwillig und einsilbig, mit einer Stimme, deren Feindseligkeit keine Grenzen hatte. Sie war ohne Mann, und aus dem Wenigen, das sie sagte, schien hervorzugehen, daß ihr ihr Mann, ein Arbeiter, davongelaufen war und mit einer anderen lebte. Auch Kinder hatte sie, indes verschwiegen sie, wo und wie sie lebten.

In diesem Zimmer richtete sich Behrens, so gut es ging, ein. Und es ging vortrefflich, so daß er sich nach einigen Tagen wahrhaft glücklich fühlte.

Alles, was in dem Zimmer war, roch nach Moder, und dieser Moder strömte einen suggestiven Zauber aus, dem sich Behrens mit Liebe hingab.

Welche Abscheulichkeiten mochte jenes Sofa schon erlebt haben? Sein Rücken war abgenützt und glänzte an vielen Stellen schon schwarz und speckig. Schadhafte Stellen waren darin, aus denen Rosthaare hungrig herausweilte.

Visionen einer erbarmungswürdigen Häßlichkeit und erschütternden Vertiertheit stiegen vor Behrens auf.

Auch ein brauner Schrank war da, der knarrte und stöhnte, wenn man ihn öffnete. Waren das nicht Löhne eines Mißmuts, der sich verachtungsvoll von den Menschen ablehnte? Er knarrte auch des Nachts, und es war dann, als ob die Bestien des bösen Gewissens in ihm rumorten.

Eine dürftige Decke war über den Tisch gebreitet, das Bett war schmal und sein Holz faulte, und unter den Stühlen war keiner, dessen Beine nicht gewackelt hätten. Das ganze Zimmer war ein Bild verkommenen, erschöpfungsbedürftigen Lebens.

Es gab zwei Fenster, die beide auf die Gasse hinausgingen, auf die dunkle, müde, stumme, verbrauchte Gasse. Die Scheiben waren blind, man hatte den Eindruck, daß sie jahrelang nicht mehr gepußt worden waren.

Die verblühten Tapeten waren an vielen Stellen zerfetzt, die Mauern sahen nackt heraus, und der Teppich war eigentlich nur ein Haber. Doch eine ewige Ruhe war in dem Zimmer, deren sich Behrens nur um so intensiver bewußt wurde, wenn er nebenaan in der Küche die schlürpfenden Schritte der feindseligen Frau Piesefeld hörte.

Er verbrachte viele Stunden am Fenster. Die Scheiben schauten ihn traurig an, baten ihn gleichsam um Verzeihung, daß sie sich aus Schmerz über das Elend alles Daseins blind geweint hatten. Sie verstanden wohl die zitternde Erwartung, mit der er auf die Gasse hinunterpähte, gleichsam fordernd, daß ein Wunder sich unten ereigne, welches doch den schönen Sinn, den edlen Kern, die tiefe Bedeutung des unzulänglichen Daseins dartue, — aber sie selbst erwarteten das Wunder nicht mehr, denn sie waren alt geworden bei ihrem Warten.

Oft während des Tages durchstreifte Behrens die Straßen. Er kreuzte den Potsdamer Platz, dessen brodelnder Wirrwarr ihn umfriesen und zu Boden werfen wollte. Er ging die

Peipziger Straße hinauf und sah das tadellos und sauber funktionierende Getriebe der Warenhäuser.

Er ließ sich traumverloren durch das Gedränge der Menschen gleiten, der Männer, die ein Ziel hatten, der Frauen, die ein Ziel suchten, betrachtete den Reichtum, der seine Unfruchtbarkeit hinter äußerem Glanz verbarg, die Armut, die hehnüchtig oder neidlich oder verbißnen nach einem glühenden Strahl dieses Glanzes haschte, hörte das ungeduldige Bäumen vieler Elektrischen, die sich stauten, das Getöse der Autokypen, die Flüche der Kutscher, sah Mädchen, deren Jugend schon wurmfressig geworden war, kaum daß sie ihre ersten Knospen getrieben hatte, Jünglinge, denen niemand mehr etwas weis machen konnte, alte Herren und Matronen, deren schmerzliche Erkenntnis die eiserne Maske der Gleichgültigkeit aufgesetzt hatte...

Oh, es waren wohl viele Menschen hier, doch redeten alle diese Menschen aneinander vorbei!

Behrens unternahm oft Gänge, von denen er befriedigt heimkehrte. Er war einer, der sammelte und das Gewonnene emsig, wie eine Biene, in sein Haus trug, um es dort noch einmal eingehend zu prüfen und zu ordnen.

Er erfuhr vielerlei und notierte es. Einer wies ihn zu einem Zweiten, der Zweite zu zwei anderen, und aus den ersten vier wurde bald ein Duzend. Jeder konnte ihm etwas sagen, und jeden hörte er an.

Eines Morgens ging er in ein Haus und pochte an eine Tür, auf der ein Schild angebracht war, das nur den Namen enthielt: W. Mannheimer.

Das war recht wenig, und doch mußte jeder, der mit den geschäftlichen Verhältnissen der Stadt einigermaßen vertraut war, was dieser lapidare Name bedeutete. Er bedeutete Reichtum und Macht. Denn seinem Träger war es innerhalb eines Jahrzehntes gelungen, sich vom simplen Kommissionär zu einem der reichsten und geliebtesten Bucherer emporzuschwingen.

Indes, wer in einem Bucherer noch den alten Mann der noch älteren Zeiten erwartet, den Schlaf mit habgierigem und leidenschaftlich durchwühltem Gesicht, dem würde W. Mannheimer eine angenehme Enttäuschung bereitet worden sein.

Behrens fand in diesem Menschen einen konzilianten Weltmann, der lebenswürdig lächeln und noch lebenswürdiger plaudern konnte, einen Mann gedämpfter Gesten und angenehmer Worte. (Fortf. folgt.)

Montenap: Jugendheim Gemeindefchule...
Jugend-Internationale...
Johannisthal: Jugendheim Johannes-Berner-Strasse...

Filmschau.

„Ein Weib der Wäite“ heist der Film, der in dieser Woche im...
Zanzenpalast zum Abrollen gelangt. Die reichlich sentimentale Handlung...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Rund der technischen Angestellten und Beamten. Freitag 7 1/2 Uhr im...
„Zum Jagen“, Edu. Müller- und Gebrüder, Mitglieder-Versammlung...

Wetterbericht bis Freitag mittag: Mäßig warm, zeitweise etwas...
aufkarend, jedoch überwiegend trübe; zunächst im Westen, später auch östlich...

Jungvolkflotten. Gruppe Spanbau 7 1/2 Uhr im Jugendheim...
Kreuzer- und Kanonenboot-Gruppen...
Morgen, Freitag, den 12. August: 6. Kreis...
13. Abt. Reichswehr...

Jugendveranstaltungen.

Berein Arbeiter-Jugend. Sekretariat, G.H. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links...
Eine Wädelaufstreichung findet am Sonntag, den 13. August, abends 7 Uhr...

Als Gesamte Verkaufsstellen, b) in den Verkaufsstellen der Meierei...
Das Sommerfest des dritten Kreises findet am Sonntag, den 13. August...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Beziehungsbein Berlin der SPD. Die Fortsetzung des 7. August...
beschlüsselt Berlin der SPD, den 11. August samstags 9 Uhr...

Heute, Donnerstag, den 11. August:

13. Kreis. 7 1/2 Uhr Verhandlung in Niederhörsenfelde bei Groß, Berliner...
4. Abt. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Ratskeller, Bülowstr. 37...

Theater, Lichtspiele etc.

Deutsches Theater, Volksbühne, Kammerspiele, Gr. Schauspielhaus, Königinstr., Berliner Theater, Komödienhaus, Wintergarten, Haas-Meyer-Ballett, Theater a. Kottbuser Tor, Elite-Sänger, Reichshallen-Theat.

Central-Theater, Deutsch-Opernhaus, Tannhäuser, Die Kleine aus der Hölle, Reigen, Komische Oper, Der fidele Bauer, Metropol-Theater, Die blaue Mazur, American-Girl, Meine Frau - das Fräulein, Mascottchen, Der Vetter aus Dingsda, Morgen wieder lustig!, Die Dielenhexe, Die Scheidungsreise.

Metropol, 4 Black Diamonds, Carmellini, und 3 weitere Schlager.

Berliner Prater, Internationale Ringkampfkonzurrenz, Variété.

Folies Caprice, Prinzessin vom Nil, CASINO-THEATER, Trianon-Theater, Residenz-Theater, Admirals-Palast.

Opium Träume, Internationales August-Programm, 7 1/2 Uhr: Abrekadabra.

U.S. MAIL S.S.C., Regelmäßige Abfahrten BREMEN NEWYORK, Norddeutscher Lloyd Bremen.

Rennen zu Karlshorst, Donnerstag, den 11. August, nachm. 3 Uhr: 7 Rennen.

Bandwurm, Spul- u. Madenwürmer, Medico-Bandwurmmittel.

Metallankantsstelle, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Berliner Landnacht-Genossenschaft, Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1920. Table with columns for Aktiva and Passiva.

Mitgliederbewegung, Im Laufe des Geschäftsjahres 1920 sind 400 Genossen beigetreten...

Kleine Anzeigen

Verkäufe, Silberfische, Goldfische, Aquarien, Möbel, Bücher, etc.

Möbel, Silberfische, Goldfische, Aquarien, Bücher, etc.

Musikinstrumente, Kaufgesuche, Unterrichts, Arbeitsmarkt, Stellenangebote, Schreibmaschinen-Monteur, Redakteur.

Arbeitssekretär gesucht, Sänglingsfürsorge, Politischer Redakteur, Kaschelarbeiter.

Tüchtige Verkäuferinnen für Damenkonfektion, Damenhüte, Strumpfwaren, Wäsche, sofort gesucht.

Orientberatung in Paris.

Paris, 10. August. (W.B.) Da der Sachverständigenausschuss die Frage der Grenzregulierung für Oberschlesien vor heute abend 7 Uhr nicht beendet haben wird, wird in der Nachmittagsitzung des Obersten Rates über eine andere als die obereschlesische Frage verhandelt werden. — Briand verhandelte heute vormittag mit dem belgischen Minister des Äußeren Jaspars und dem Vertreter der Regierung von Angora Bekir Sami Bey.

In seiner heutigen Vormittagsitzung setzte der Oberste Rat die Besprechung der im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig folgende Entschließung an:

Die Bündnisstaaten beschließen, ihre Haltung strengster Neutralität

im griechisch-türkischen Krieg beizubehalten, d. h. die Verhandlungen sind sich darüber einig, mit keiner Hilfeleistung irgendwelcher Art in den Kampf einzugreifen, ob es sich nun um Truppen- oder Waffensendungen handelt oder um Gewährung von Krediten.

Dazu bemerkt Havas: Diese Entschließungen sind selbstverständlich nicht so aufzufassen, daß sie irgendwie die Freiheit des privaten Handels beeinträchtigen können, wie sie nach der derzeitigen Befehlsgebung besteht. Es geht vielmehr aus dem Wortlaut der Entschließung hervor, daß allerdings die Bündnisregierungen keinen der Kriegführenden in ihrer Eigenschaft als Regierung unterstützen können, daß aber die Privatleute nach wie vor das Recht haben, auch fernerhin den Griechen wie den Türken Kriegsmaterial zu liefern.

Der Oberste Rat erörterte sodann die Frage der Freiheit der Meerengen. Man beschwerte sich von englischer Seite darüber, daß die Türken im Bosphorus von den Bolschewisten mit Waffen versorgt werden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Griechen ihrerseits den Bosphorus für ihre Operationen benutzen dürften. Im Gegensatz zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Kriegshandlung im Bosphorus zur Ausführung komme. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Bündnisregierungen bei den beiden Kriegführenden unternommen werden, um die Freiheit der Meerengen zu sichern.

Zur Frage einer Vermittlung wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Bündnisregierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um mit einem günstigen Erfolg eines derartigen Schrittes zu rechnen.

Die griechische Offensive.

London, 10. August. (U.) „Times“ vernimmt aus Smyrna, daß die zweite Phase der griechischen Offensive eingeleitet hat. Der Angriff begann fünfzehn Meilen nördlich von Bilejik. Die Türken zogen sich zurück.

Paris, 9. August. Havas meldet aus Angora, daß nach einer Debatte über die militärische Lage die Militärbehörden im Einvernehmen mit der Nationalversammlung beschlossen haben, Angora zu räumen und sich nach Cäzarea zurückzuziehen. Nationalversammlung und Verwaltung würden nach Cäzarea verlegt.

Um die Befahrungskosten.

Paris, 10. August. (G.) Die Konferenz der alliierten Finanzminister beschäftigte sich heute mit der Frage der Unterhaltungskosten für die Befahrungsmarine. Bisher waren die deutschen Zahlungen ungleich verteilt worden. Wenn man den Wert der Saarbergwerke nicht (!) in diese miteinbezieht, hat Frankreich für seine Befahrungskosten noch mehrere Millionen Goldmark zu beanspruchen, England hat eine Forderung von 500—700 Millionen Goldmark, dagegen scheinen die Belgien zuerhaltenen Summen keine Ansprüche bereits überschritten zu haben. Die Reparationskommission hatte unlängst entschieden, daß 124 Millionen Goldmark, die sich in ihrem Besitze befanden, England zu überweisen seien, das bisher von den deutschen Reparationszahlungen am wenigsten erhalten hatte. Aber die Forderung Englands wird weder durch diese Summe noch durch die von Belgien zu leistenden Rückzahlungen gedeckt sein. Wenn jedoch die von Deutschland abgelieferten Schiffe zu einem höheren Preise als dem bei der Berechnung festgelegten verkauft würden, nämlich dem Werte, den sie am Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes befehlen, so würde England nur noch sehr wenig zu fordern haben. In der gestrigen Finanzministerkonferenz hatte Robert Hoernes erklärt, daß England die Rückzahlung der veranschlagten Beträge für die Befahrungskosten verlange, besonders angesichts des Umstandes, daß infolge der Währungsverluste die Ausgaben Englands für die Befahrungsmarine höher sind als diejenigen Frankreichs. Auf der Konferenz von Hythe hatte Lloyd George vorgeschlagen, die Unterhaltungskosten der einzelnen Staaten gleich zu setzen. Dieser Plan war jedoch von der Zustimmung Amerikas abhängig. Da diese nicht erfolgte, zog auch England seinen Antrag zurück. Wenn man England die von ihm geforderten Rechte zurückerhält, so erhält es eine Priorität von 1/2 Milliarde Goldmark, wodurch die belgische Priorität auf die deutschen Zahlungen in die zweite Reihe gedrängt würde und Frankreichs Forderungen erst in dritter Linie berücksichtigt würden. Andererseits hat Frankreich aber auch noch militärische Ausgaben, die noch nicht bezahlt sind, jedoch nur für den Fall, daß der Wert der Saarbergwerke nicht (!) in die Befahrungskosten einkalkuliert wird. Wird dieser jedoch in Betracht gezogen, so sind die militärischen Ausgaben Frankreichs gedeckt. Es wird sich also um die Frage handeln, wie der Wert der Saarbergwerke veranschlagt werden soll.

Sowjetdisziplin.

Revol, 10. August. (G.) Die vor einiger Zeit in Moskau angeordnete „Mobilisation“ von 500 Kommunisten, die nach der Provinz entsandt werden sollten, um dort leitende Posten zu übernehmen, konnte bisher nicht zu Ende geführt werden. Von den 500 Kommunisten, die von den lokalen Parteiorganisationen vorgeschlagen worden waren, sind, wie die „Iswestija“ mitteilt, nur 375 von dem zentralen Mobilisationsausschuss angenommen worden. Von diesen sind 92 wieder entlassen worden und 50 vor dem Ausschuss überhaupt nicht erschienen, darunter 35 ohne Angabe eines Grundes. Freiwillig haben sich nur 8 zur Mobilisation gemeldet. Die bis zur Zahl von 500 noch fehlenden sollen mobilisiert werden, sobald die bereits begonnene Registrierung der in Moskau wirkenden leitenden kommunistischen Beamten durchgeführt sein wird.

Das Moskauer Bezirkskomitee der russischen kommunistischen Partei hat beschlossen, die kommunistische Fraktion aufzulösen, die sich unter den Insassen des Butyrki-Gefängnisses (das Moskauer Zentralgefängnis, wo auch die Opfer der Tscheka untergebracht werden) gebildet hatte; ihr war eine besondere Abteilung des Gefängnisgebäudes eingeräumt worden, wo sie Vergünstigungen der kommunistischen Gefängnisverwaltung genoss.

Gegen den Tannenbergrummel.

Für den kommenden Sonntag ist unter Leitung der „staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ in Königsberg eine Tannenbergsfeier geplant. Gegen diese Feier haben, wie eine

Sachverständiger Loucheur.

Paris, 10. August. (Havas.) Minister Loucheur nimmt an den Beratungen des Sachverständigen-Ausschusses über die obereschlesische Frage teil. Der Sachverständigen-Ausschuss ist heute nachmittag um 3 Uhr erneut zusammengesetzt. Wahrscheinlich werden die Sachverständigen noch heute ihre Arbeiten beenden.

Paris, 10. August. (Havas.) Die Sachverständigen, die die obereschlesische Frage prüfen, konnten ihre Arbeit heute abend noch nicht beenden. Der Oberste Rat wird deshalb die obereschlesische Frage erst morgen nachmittag aufs neue behandeln.

Leobschütz.

Ein Telegramm des Deutschen Ausschusses in Leobschütz an den Obersten Entente-Rat weist darauf hin, daß der Kreis Leobschütz sich bei der Abstimmung mit 99,63 Proz. der abgegebenen Stimmen für Deutschland erklärt hat. Die Bevölkerung erwartet deshalb, daß er ungeteilt bei Deutschland bleibt, da die Versailles-Besprechungen gegeben sind, nämlich der Zustimmung mit Deutschland durch die für Deutschland günstige Abstimmung der Bezirke Oberglogau, Kosel und Oppeln gewährleistet ist. Sie widerspricht auf das entschiedenste, daß auch nur eine einzige Ortschaft (Schoslowitz) in Wärschen geopfert wird, wie dies in den jüngsten Tagen im Prager Parlament angedeutet worden ist. — Das Telegramm betont weiter, daß viele tausende Arbeiter aus den landwirtschaftlichen Gegenden Oberschlesiens, die auf der heimatischen Scholle keinen Unterhalt finden, im Industriebezirk ihr Brot suchen, was auch für die Unteilbarkeit Oberschlesiens spricht.

Deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen?

Paris, 10. August. (G.) Das „Giornale d'Italia“ weist von einem Wirtschaftsabkommen zu berichten, über das angeblich zwischen Berlin und Warschau bereits Verhandlungen schweben sollen. Diese zielen darauf hin, in der obereschlesischen Frage eine für beide Staaten befriedigende Lösung zu finden. Einflußreichere Kreise, als man anzunehmen geneigt sei, sollen in Polen die Auffassung unterstützen, daß ein schnelles Einvernehmen mit Deutschland notwendig sei. An der Spitze dieser Bewegung sollen Marschall Pilsudski und Außenminister Skirmunt stehen. Leherer würde einem Wirtschaftsabkommen mit Deutschland und einer militärischen Allianz mit Frankreich zustimmen.

Französischer Terror.

Kosel, 10. August. (W.B.) Französische Patrouillen erscheinen fortgesetzt in den Ortschaften der Kreise Kosel und Großstrehlitz und nehmen Massenerfassungen von deutschen vor, die sie dann nach Gleiwitz schaffen. So wurden heute nacht Großschowitz, Kleinaltshammer und Slawentzky von solchen Patrouillen heimgesucht und eine Anzahl von Deutschen verschleppt. Die polnischgefärbte Bevölkerung ergeht sich in Drohungen gegen die deutschen, die vielfach klüchten. — Die U. meldet, es sei einwandfrei beobachtet worden, daß bei diesen Patrouillen polnische Insurgenten in französischer Uniform beteiligt waren.

Gleiwitz, 10. August. (W.B.) General de Brantes richtete an den Oberbürgermeister ein Schreiben, in dem er ihn aufforderte, Zwangsmaßnahmen zur Einstellung der Tätigkeit der deutschen Ausschüsse für Oberschlesien in Gleiwitz zu treffen. Der Oberbürgermeister antwortete, er sei dazu nicht imstande, weil das deutsche Gesetz keine solchen Zwangsmaßnahmen gegen Institutionen, die im Interesse und zum Wohle des Volkes wirken, kenne. Von ähnlichen Maßnahmen gegen die polnische Volkserretzung in Oberschlesien, den Obersten polnischen Volksrat, habe die Öffentlichkeit bisher nichts gehört.

Für Aufständische zur Beachtung!

Auf eine Anfrage, ob diejenigen Personen, die infolge des Aufstandes geflüchtet sind, berechtigt seien, ohne besondere Ermächtigung nach Oberschlesien zurückzukehren, hat die Interalliierte Reparationskommission entschieden, daß diejenigen Flüchtlinge, die den Wunsch haben, nach Oberschlesien zurückzukehren, zu diesem Zweck ein Gesuch an den Kreisinspektor ihres Wohnsitzes zu richten haben.

Die Luftfahrtvorschriften.

Paris, 10. August. (W.B.) Der Oberste Rat hat heute nachmittag die Luftfahrtsabstandsbedingungen von Versailles geprüft. Als militärische Sachverständige wohnen der Sitzung bei: Marschall Foch, General Beggand, der italienische General Mariotti, der englische General Sachville-West, der britische und der japanische Militärattache in Paris, General Watanabe.

Paris, 10. August. (G.) Die Fragen der Luftfahrt und ob die militärischen Kontrollkommissionen weiterbestehen sollen, wurden an das interalliierte Militärkomitee von Versailles, dessen Vorsitzender Foch ist, zurückverwiesen. Darauf beschloß die Konferenz die Einsetzung einer interalliierten Kommission, die die Möglichkeiten der Ernährung Russlands prüfen soll. Morgen soll dieser Gegenstand weiterbesprochen werden. Die morgige Vormittagsitzung wurde abgesetzt.

Berliner Korrespondenz mitteilt, die drei sozialistischen Parteien in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftskommission Stellung genommen und wollen eine Gegen-demonstration ins Werk setzen. In der sozialistischen Presse der ostpreussischen Hauptstadt wird ein Aufruf zu einer Protestdemonstration gegen den imperialistischen Kriegswahnsinn veröffentlicht, die auf demselben Plage wie die Tannenbergsfeier und zu derselben Zeit stattfinden soll. Der Aufruf ruft zum Kampfe gegen den Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus auf, zur einmütigen Demonstration gegen alle reaktionären Kriegsgelüste, gegen monarchistische Treibereien, für die sozialistische Republik, gegen die Klassenjustiz, für die Freiheit der politischen Gefangenen, für die Aufhebung des Belagerungszustandes und für den wahren Weltfrieden.

Ein Engländer über Oberschlesien. Die unter diesem Titel im Verlag für Sozialwissenschaft erscheinende Zeitschrift, die von uns in anderem Zusammenhang bereits erwähnt wurde, ist zugleich ein wertvolles Kulturdokument und ein verständigendes Urteil über die Friedensvertragspolitik der Franzosen in Oberschlesien. Der Verfasser, der Berliner Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian“, ist selbst im Aufstandsgebiet gewesen und hat aus nächster Nähe das Treiben der Besatzungstruppen beobachtet. Obwohl er die Rolle der zur Untätigkeit verurteilten Engländer und die Demütigung seiner Landsleute durch die polenfreundlichen Franzosen mit eigenen Augen sah, verurteilt er auch den aufständischen Gegenüber gerecht zu bleiben. Der Versuch ist ihm gelangt, wenn auch dabei für die Deutschen manche harte Wahrheit abfällt. Verdächtig aber sind die Verichte, wo sie die Leiden der deutschen Bevölkerung schildern und die Untätigkeit der Franzosen, die mit ihrer offenen Sympathie für Polen der Ausbreitung des Aufstandes Vorschub

leisteten und ihn so direkt förderten. Mehr als hundertjährige Abhandlungen sind die knappen Zeitungsberichte, die in der Woche zusammengefaßt wurden, geeignet, den Weg zum wahren Weltfrieden zu weisen und die nationalstolze Hege haben und drücken zu unterhöhlen, indem sie ohne partielle Voreingenommenheit die Kulturstände des dritten Polenaufstandes und ihrer Hintermänner beim Namen nennen. Ein besonderes Kapitel sind die Feststellungen über die wirtschaftlichen Folgen des Aufstandes, die klar und eindeutig beweisen, wie eng das zentrale Industriegebiet mit Deutschland verknüpft ist. Sie sind eine Mahnung, die in Paris nicht ungehört bleiben darf, wenn dort eine gerechte Entscheidung über Oberschlesien getroffen werden soll.

Man will nicht erinnert sein. Anlässlich der am 6. August begangenen siebenjährigen Gedächtnisfeier des Einmarsches der Ersten Pilsudski-Region über die damalige russisch-österreichische Grenze ist in Przemysl ein Denkmal enthüllt worden. Die pilsudski-feindliche „Naczpospolita“ beanstandet die Feier, die an die Zusammenarbeit mit der österreichisch-deutschen Heeresleitung erinnere.

Die braunschweigischen Polizeibeamten protestierten am Dienstag in einer Versammlung gegen die Verfügung des Staatsministeriums, nach der alle „Stahlhelmpolizisten“ zu entlassen seien. Der Protest wurde dem Reichsinnenministerium des Innern weitergeleitet. Aus der Wolff-Redung geht nicht hervor, ob diese Entschließung Willensausdruck der braunschweigischen Polizei oder, was uns wahrscheinlicher dünkt, lediglich der Bestimmungsfremde der Stahlhelmer war. Es wäre zu begrüßen, wenn das braunschweigische Staatsministerium baldigst eine Darstellung der Angelegenheit geben würde.

Wirtschaft

Das Preisbillat der Kartelle.

In der Textilindustrie wird über das Preisbillat der Konventionen und Kartelle besonders Klage geführt, weil nach dem Konjunkturumschlag um die Mitte des vorigen Jahres auch der Einzelhandel davon schwer betroffen wurde — solange der Verbraucher bei der steigenden Preisliste allein die Fische zu zahlen hatte, nahm man die Sache weniger genau. Interessante Fälle berichtet jetzt die Pressekorrespondenz des Konfektions-einzelhandels, die u. a. schreibt: Bei der Frage des Preisabbaues ist die erste Notwendigkeit zur Lösung des Problems ganz zweifellos die, daß man allen künstlichen Widerständen, die einem Preisabbau entgegenstehen, energisch zu Leibe rückt. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen die sogenannten Preisabbaueinrichtungen. Interessensverbände der Industrie oder des Großhandels, die es ihren Mitgliedern unter Verwirkung einer hohen Konventionalstrafe verbieten, die in Lieferungsverträgen festgesetzten Preise nachzulassen, selbst wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche für die ursprüngliche Preisvereinbarung bestimmend waren, sich vollständig geändert haben. Aus der großen Menge derartiger, volkswirtschaftlich ungemein schädlicher Fälle sei hier ein besonders schwerwiegender herausgegriffen. Eine Herrenkleiderfabrik in Berlin nahm vor geraumer Zeit größere Aufträge zur späteren Lieferung entgegen, und zwar zu den damaligen Tagespreisen. Es gelang ihr aber insbesondere die Futterstoffe billiger als vorgegeben einzukaufen. Die Firma betraufte das auch in ihrer Kalkulation und forderte bei Lieferung der Ware naturgemäß einen niedrigeren Preis als den ursprünglich vereinbarten. Durch eine Konkurrenzfirma wurde dieser konventionwidrige Preisnachlaß dem Verband der Konfektionsindustrie, welchem beide Firmen angehörten, mitgeteilt. Dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als die Firma, die, weil sie nicht wuchern wollte, gegen die Konventionsbestimmungen des Verbandes verstoßen hat, vor das Verbandsgericht zu laden, um zur Zahlung einer beträchtlichen Konventionalstrafe verurteilt zu werden. So fördert der Industrieverband den Preisabbau!

Einen ähnlichen Weg schlagen eine Reihe von Tuchfabrikanten ein, die dem Tuchgroßisten den Verkaufspreis vorzuschreiben und sie schriftlich verpflichten, den betreffenden Artikel nicht billiger auf den Markt zu bringen, obgleich noch deren Ansehen der erzielte Gewinn viel zu hoch ist. Hier ist es wirklich angebracht und an der Ordnung, daß die Behörden regelnd in das Wirtschaftsleben eingreifen, um derartige Auswüchse wirksam zu bekämpfen. Man darf das Gebahren der Preisabbaueinrichtungen nicht aus dem Auge verlieren, zumal sich diese heute stärker denn je fühlen. Sie gehen heute sogar so weit, daß sie Nichtmitglieder, die also nicht an die Konventionsbestimmungen gebunden sind, durch Materialsperrung unter ihren Einfluß zu bringen trachten, weil sie dann in der Lage sind, ohne jede Gefährdung seitens irgend-eines Außenstehers der Presse zu diktiert. Derartige Monopolbestrebungen bedingen nur eine Steigerung der Gewinne einiger weniger Fabrikanten auf Kosten der Allgemeinheit. Der baldige Erlaß eines diese Auswüchse beseitigenden Kartellgesetzes ist eine dringende Notwendigkeit.

Produktionsstatistik der Vereinigten Staaten.

Neber den Stand der Produktion der Vereinigten Staaten vor und nach dem Kriege geben einige vorläufige Angaben über die Ergebnisse der letzten Betriebszählung Auskunft, die 1919 stattfand. Diese Zählung erfaßt nur solche Betriebe, bei denen der Wert der Jahresproduktion den Betrag von mindestens 500 Dollars erreicht. Einen Vergleich mit den vorherigen Zählungen ergibt nachstehendes Bild:

Jährling des Jahres	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Wert der Jahresproduktion (in Mill. Doll.)
1904	268 491	6 615 046	20 672
1914	275 791	7 086 337	24 216
1919	288 376	*)	62 589

*) Noch nicht veröffentlicht.

Die bedeutende Steigerung des Wertes der Jahresproduktion ist zu einem Teil auf die Preissteigerung zurückzuführen, die im Jahre 1919 ihren Höhepunkt erreichte.

Überall das Gleiche. Ähnlich wie in anderen Ländern sind auch in Japan die Großhandelspreise bedeutend zurückgegangen, die Kleinhandelspreise dagegen viel weniger. Nach den Erhebungen der Bank von Japan stieg die Maßzahl der Kleinhandelspreise von der Grundzahl 100 im Jahre 1909 auf 125 kurz vor dem Kriege und dann auf 425, um später auf 257 zurückzugehen. Die Maßzahl der Kleinhandelspreise stieg von 100 im Jahre 1904 auf 100 unmittelbar vor Kriegsausbruch und auf 417 zur Zeit der größten Teuerung, um seitdem nur bis auf 307 zurückzugehen. Teilweise wird der große Unterschied zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen auf den Umstand zurückgeführt, daß die Waren durch die Hände vieler Zwischenhändler gehen. Eine Organisation der Verbraucher fehlt vollständig. Verschiedentlich haben die Ortsbehörden öffentliche Märkte errichtet, doch bestehen sie noch zu kurze Zeit, um richtig organisiert zu sein. Das zu ihrer Finanzierung verfügbare Kapital ist sehr gering, es beträgt zum Beispiel für die Gemeinde Tokio 170 000 Yen. Mit Schuld an der Teuerung ist auch die hohe Zahl der Kleinbändler, die hohe Preise fordern müssen, um bei der geringen Anzahl ihrer Kunden ein Auskommen zu finden. In der Stadt Tokio allein gibt es 57 321 kleine Verkaufsläden; es trifft im Durchschnitt einer auf je acht Familien. Die Vereine der Händler, deren es in der Hauptstadt 102 gibt, streben überdies dahin, den Verkauf der Waren zu niedrigen Preisen zu verhindern.

Gute Mittelernie in Mecklenburg. In einer Preisbesprechung zu Mostow teilte der Vorsitzende des Landesgetreideamtes mit, daß man entgegen den schlechteren Meldungen aus dem Reich in Mecklenburg mit einer guten Mittelernie rechnen kann, namentlich in Roggen.

